

//PRESSEINFORMATION//

20/2021

Saarbrücken, 10.03.2021

GEW kritisiert die verfrühte Kommunikation über die Erweiterung des Präsenzunterrichts nach den Osterferien

Impfangebot für Beschäftigte an allen Schulformen muss vorausgesetzt werden

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Saarland (GEW), kritisiert die aus ihrer Sicht verfrühte Kommunikation über eine Erweiterung des Präsenzunterrichts durch das Ministerium für Bildung und Kultur. „Zuerst müssen die aktuellen Entwicklungen weiterhin beobachtet werden, bevor voreilig der nächste Schritt getan wird. Gesundheitsschutz hat weiterhin Priorität, insbesondere in Anbetracht des steigenden Anteils der SARS-CoV-2-Virusvarianten, insbesondere der VOCs (Variants of Concern) B.1.1.7.“, fordert die Landesvorsitzende Birgit Jenni.

Die Aussage, die Schulen ab dem 08.04.2021 in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen vollständig zu öffnen, ist zu vage. Das RKI hat dazu in seiner Publikation *Präventionsmaßnahmen in Schulen während der COVID-19-Pandemie* bereits am 12.10.2020 eine Empfehlung gegeben hinsichtlich Schwellenwerten bzw. Indikatoren für infektionspräventive Maßnahmen in Schulen bei einer regionalen 7-Tages-Inzidenz auf Landkreis-Ebenen unter 35, zwischen 35-50 bzw. über 50/100.000 Einwohner*innen, die für alle an Schule Beteiligten, Eltern, Schüler*innen und Lehrkräfte nachvollziehbar sind. Dabei wies das RKI schon damals darauf hin, dass die dort genannten Maßnahmen zeitnah evtl. auch an einzelnen Standorten verschärft werden können unabhängig von der Inzidenz, z.B. bei raschem und erheblichen Anstieg der lokalen Fallzahlen.

Die Bildungsgewerkschaft hat hierauf auch schon mehrmals verwiesen und hierzu entsprechende Forderungen gestellt.

Derart klare und vor allem verlässliche Vorgaben brauchen die Schulen jetzt endlich. Solange wir keine stabile 7-Tage-Inzidenz unter 50 Neuinfektionen/100.000 Einwohner erreicht haben, muss es beim Modell des Wechselunterrichts bleiben.

Bei einer zu frühen vollständigen Schulöffnung befürchtet die Bildungsgewerkschaft einen „Jo-Jo-Effekt“ mit wieder steigenden Zahlen und erneuten Schulschließungen. Dies kann weder im Sinne der Lehrkräfte noch der Schüler*innen und ihren Eltern sein“, ergänzt Max Hewer, stellvertretender Landesvorsitzender.

Bereits in der aktuellen Phase der Schulöffnung gab es durch widersprüchliche Ansagen an die Schulen bedingt durch den Streit in der Landesregierung. „Die Schulen brauchen Verlässlichkeit und Verbindlichkeit. Wir haben dazu mehrfach einen transparenten Stufenplan gefordert. Aussichten auf einen erweiterten Präsenzunterricht, die dann nicht eingehalten werden können, führen zu Vertrauensverlust bei Lehrkräften, Eltern und Schüler*innen“, mahnt der stellvertretende Landesvorsitzende Max Hewer.

Für die Bildungsgewerkschaft ist für eine Rückkehr zum Präsenzunterricht unter Pandemiebedingungen unerlässlich Voraussetzung, dass neben einer praktikablen Teststrategie allen Beschäftigten aller Schulformen, also auch den Beschäftigten an weiterführenden Schulen, ein sofortiges Impfangebot gemacht wird. „Es kann nicht sein, dass Lehrer*innen an weiterführenden Schulen anders behandelt werden,“ so Birgit Jenni abschließend. ■